
**Pressekonferenz
zum Thema:
„Das Chaos in der Gesundheitspolitik eskaliert“
Berlin, 22. Juli 2010**

Summary

„Das Chaos in der Gesundheitspolitik eskaliert!“

Die Fehlentscheidungen der Regierung in der Gesundheitspolitik führten und führen zu weiteren unnötigen Belastungen der Versicherten, Patienten, Bürger und aller Berufsgruppen und Versorgungsinstitutionen im Gesundheitswesen.

Dabei erhält der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) durch das Arzneimittel-Neuordnungs-Gesetz (AMNOG) nochmals einen erheblichen Machtzuwachs, der zum weiteren Abbau der Therapiefreiheit der Ärzte und der Rationierung für die Patienten führen wird.

Zusätzlich erhält der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen als „Monopolist der Finanzmittel“ von ca. 90% unserer Bevölkerung neben einer Ausweitung der Einnahmen erneut die Möglichkeit, mittels irrationaler Preisentscheidungen die Ausgaben zu senken - bei gleichzeitiger Ausweitung des administrativen Aufwands. Dieser Zuwachs an Marktmacht schädigt nicht nur die Versorgung der Patienten, er reduziert auch die Versorgungsqualität und wird in weiteren Beitragssteigerungen münden.

Dem Spitzenverband der GKV wurde dann auch noch die Aufgabe übertragen, eine von ihm finanziell abhängige Patientenberatung (UPD) mit dem Zusatz „unabhängig“ intensiv zu unterstützen. Damit wird der Bock zum Gärtner gemacht.

Aus der Sicht der politischen Mandatsträger ist der Zusammenhang der Entscheidungen in der neuesten Gesetzgebung und den Entscheidungen gewollt, geplant oder zur Delegation von Verantwortung entstanden.

Dem G-BA werden die politisch gewünschten Entscheidungen zur Rationierung von Leistungen übertragen. Damit wird der G-BA ein „kleiner (aber wichtiger!) Gesetzgeber“ oder zumindest schlagkräftiger Berater und Schutzpatron der Politik. Die Politik grenzt sich selbst bei den Entscheidungen zur Priorisierung von Leistungen aus wahltaktischen und langfristigen Gründen aus.

Die Kaufkraft des Spitzenverbandes führt zu Leistungskürzungen für die Versicherten und Patienten und dies trotz erheblicher Beitragssatzsteigerungen, allerdings ohne direkten Schaden für die irgendwann zur Wiederwahl stehende, Politiker aller Parteien. Die Information für die Bürgerinnen und Bürger wird nach dem AMNOG nun zur Pflichtübung für die „Unabhängige Patientenberatung (UPD) gGmbH, die durch die finanzielle Abhängigkeit vom Spitzenverband der GKV jedoch einseitig sein werden.

**Pressekonferenz
zum Thema:
„Das Chaos in der Gesundheitspolitik eskaliert“
Berlin, 22. Juli 2010**

Für die politischen Mandatsträger aus nahezu allen Parteien ergibt sich dadurch die „Scheinlösung“, dass die Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützung des Gesetzgebers ausreichend zum Gesundheitswesen informiert werden.

Durch den G-BA werden national und international anerkannte Studien verworfen und die Innovation oder Versorgung auf dem Altar der „Kostendämpfung“ geopfert. Dies gilt für die Versorgung mit Medikamenten und Hilfsmitteln, aber auch für die Streichung von Leistungen in der stationären Behandlung.

Das Parlament vertritt nicht mehr die Interessen der Bürger.

Der G-BA entmachtet die ärztliche Erfahrung und Kompetenzen.

Der G-BA und der Spitzenverband der GKV gefährden die Freiheit der Wissenschaft.

Die Politik, der G-BA, der Spitzenverband und die UPD gefährden das Postulat der Humanität der Leistungserbringung nach §70 SGB V. Der Entmündigungskoeffizient für die Bürgerinnen und Bürger nimmt dramatisch zu und dies obwohl die Patienten noch nicht einmal ein Stimmrecht im G-BA haben.

Das Parlament entmündigt sich selbst und gefährdet nicht nur dadurch Grundsätze der Demokratie. Durch all diese Fakten entsteht ein verfassungsrechtliches Problem in Deutschland.

***Alle Texte finden Sie ab Do., 22.07.2010, 11:00 Uhr in der Rubrik Aktuelles unter
www.dgvp.de zum Download.***

Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V.
c/o Residenz am Deutschen Theater
Reinhardtstr. 29
10117 Berlin
Tel 030-2800 81 981

Geschäftsstelle Worms
Brückenstr. 2
67551 Worms
Tel. 06247-904 499 0
Fax 06247-904 499 9
Presse-Tel. 06247-904 499 7